

als richtig bescheinigt. Hinsichtlich der lageschnellwachsende Gehölze aus den Arten der benachbarten richtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Anpflanzungen außer Pappel und Birke. Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 5.6 Anpflanzgebote zwischen den Teilbereichen: 1/2 1 : 4000 vorliegt. Regreßansprüche können nicht Teilbereichen: 2/3 Teilbereichen: 6/7 8. Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Be-Teilbereichen: 8/11 denken und Anregungen der Bürger, sowie die 1.1.05.93 Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange 5.7 Stellplätze und Garagenauffahrten sind wassergebunden am **13.01.93** geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden SATZUNG DER GEMEINDE 9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 6) geändert worden. Daher haben der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung in der Zeit vom während der Dienststunden von der §§ 10 unc 172) des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGB1. IS. 2253), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 1 des erneut öffentlich ausgelegen. (Dabei jet bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden konnten.) Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Apregungen während der Aus-Verwaltungsbehörde folgede Satzung über den Bebauungsplan Nr.1 legungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, in der Zeit für das Gebiet ZWISCHEN DEM SPORTPLATZ U.DER SCHULE IM SO,DEM KLEINGARTENGELÄNDE üblich bekanntgemacht worden. IM SW. DEM WEG VON DER B-96 NACH NIEDERHINRICHSHAGEN IM NW U.DER BEGRENZUNG DURCH oder: Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 i.V.m.§ 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch- -----bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), er-Bürgermeister 10. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 13.01.93 VERFAHRENSVERMERKE von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 1300 gebilligt. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom: 1 1. 12. 91 . Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbe-schlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungs-(Teil B), wurde mit Erlaß des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern vom 10.12.1993 AZ II 6506-512.113 tafeln vom 17.12.91 bis 17.01.92 am 12.12.91 mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt. . Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändern- Reinberg, den 2. Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle Reinberg den ist gemäß § 246 a Abs.] Satz | Nr. | BauGB i.V.m. den Beschluß der Gemeindevertretung vom 🖊 er-§ 4 Abs. 3 BauZVO beteiligt worden. füllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 09.09.1994 AZ <u>**T** 650a - 512 113</u> bestätigt. . Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Plan-. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 zeichung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hier-Satz 1 BauGB ist am **21.05.92** durchgeführt worden. mit ausgefertigt. Auf Beschluß der Gemeindevertretung vom ---ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden. 4. Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes Bürgermeister sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am . Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Be-19.09.1994 bei Bekanntmachung durch Aushang in lange sind mit Schreiben vom 103.00.92 zur Abgabe der Zeit vom . 20.09.94.. bis zum .28:10.94... ortsübeiner Stellungnahme aufgefordert worden. lich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrensund Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung so-Burgermeister wie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädi-5. Die Gemeindevertretung hat am 08.07.92 den gungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 Reinberg: den BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 11.05,33 *30.09.94* in Kraft getreten. Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Bürgermeister

Bürgermeister

GEMEINDE REINBERG WOHNGEBIET NIEDERHINRICHSHAGEN B-PLAN NR.1 M 1:1000